

H. Bütler

International

Suche nach Antworten in der Ukraine-Krise

Notizen vom Europa-Forum Wachau

Wie soll Europa auf die russischen Provokationen im Osten der Ukraine reagieren? Um überzeugende, breit abgestützte Antworten wird weiter gerungen.

Hugo Bütler, Göttweig

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise haben beim diesjährigen Europa-Forum Wachau am Wochenende Fragen der europäischen Sicherheitspolitik breiten Raum eingenommen. Sehr einseitig deutlich wurde der österreichische Vizekanzler und Finanzminister Michael Spindelegger, der sich für die Integration Serbiens und weiterer Länder auf dem Balkan einsetzte und mit Blick auf die Ukraine dazu riet, die «Sanktionskeule einzupacken». Stattdessen gelte es, gegenüber Russland nach dem Motto «Handel bringt Wandel» zu agieren.

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, zusammen mit dem Wiener Aussenministerium seit 19 Jahren Veranstalter des Forums, erinnerte an die Parole «Nie wieder Krieg». Sie war ein Leitmotiv zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in den fünfziger Jahren. Pröll rief diesmal zur «Ausarbeitung von Alternativen zu Krieg» unter den Europäern auf. Der angekündigte Auftritt des serbischen Ministerpräsidenten Vucic fiel aus, weil der Regierungschef dieses jüngsten EU-Beitritts-Kandidaten durch die derzeitige Hochwasserkatastrophe in Anspruch genommen war.

Gegen ein Recht des Stärkeren

Der niederländische Aussenminister Frans Timmermans hob das gemeinsame Entscheiden in Europa, das Zusammenwirken als Schicksalsgemeinschaft hervor und setzte es gegen die Neonationalisten ab, die glauben, Nationen könnten heute noch oder wieder allein entscheiden. Isolation sei kein Rettungsring, sondern bloss eine Fata Morgana. In der Einsamkeit der Wüste sei der Einzelne souverän – aber auch verloren. Die EU habe allen Grund, gemeinsam die Stärke des Rechts zu sichern, statt das Recht des Stärkeren zuzulassen. Der Fall Ukraine trifft, wie der österreichische Aussenminister Sebastian Kurz bemerkte, die freiheitliche Sensibilität der osteuropäischen Länder und verlange nach Sanktionen gegen Rechtsbrüche. Der Moderator Paul Lendvai zitierte dazu den Polen Adam Michnik, der die Frage, was eine Aggression sei, einmal so beantwortete: «Ein Überfall, der ohne die Zustimmung der Sowjetunion erfolgt.»

Der frühere Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, von der Herkunft ein Niederösterreicher, hob die Bedeutung des Assoziationsabkommens der EU mit der Ukraine hervor. Eine

gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit Blick auf die Ukraine ist jetzt laut Gusenbauer ebenso zentral wie das gemeinsame Handeln der EU in der Finanzkrise. Auch in den Beziehungen zu China gelte es, die Werte des Rechts und der individuellen Freiheit zu stärken.

Schwindendes Gewicht

Als Staatengemeinschaft im Zeichen von Frieden und Freiheit hat Europa eine starke Ausstrahlung. Aber sein Anteil an der Weltbevölkerung und an der Weltwirtschaft geht bis Mitte des Jahrhunderts auf unter fünf beziehungsweise auf etwa zehn Prozent zurück. Daher muss es nach Othmar Karas, einem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, seine Kräfte besser bündeln – vorab im Bereich der Energie, der Daten-IT und der technischen Innovationen. Karas möchte auch die Institutionen der EU neu gestalten, zum Beispiel den Rat der Minister in eine zweite Kammer, einen Senat, umbauen.

In einer Arbeitsgruppe zur Sicherheit, wo der dafür zuständige Botschafter Benno Laggner die schweizerischen Anstrengungen besonders in der OSZE und in der Nato-Partnerschaft darlegte, wurden bessere Finanzierung und Bündelung der Verteidigungs- und Rüstungsanstrengungen erörtert. Der Pole Kazimierz Sikorski verlangte mit Blick auf die Nato einen neuen Masterplan für rasche Kriseneinsätze. Die heikle Frage, ob die Nato die baltischen Staaten vor russischen Übergriffen zu schützen vermöchte, wurde nicht erörtert.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Kräftigung Europas wurden neue Freihandels- und Investitionsabkommen der EU thematisiert. Die USA, Japan und der südpazifische Raum stehen dabei im Vordergrund, aber auch der Mittelmeerraum ist im Visier zur Stärkung des Freihandels, der Europa mehr Wachstum bringen soll. Der Widerstand dagegen hängt im teilweise bequem gewordenen Europa mit Vorbehalten gegen Umstrukturierungen zusammen, die mit neuen Handelsströmen unweigerlich einhergehen. Jedoch müssen sich die EU-Länder so oder so im globalen Wettbewerb behaupten; bei Untätigkeit werden sie unter diesem noch mehr leiden.

Der EU-Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, hob ermutigend hervor, dass nicht bloss die EU-Länder von russischem Öl und Gas abhängig seien, sondern Russland umgekehrt auch von vielen europäischen Lieferungen. Es gelte, das EU-Projekt jetzt weiterzutreiben und nicht hinter neuen Vorhängen oder Mauern in alten Stillstand zurückzufallen.